

Spangenberger Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Hinweis Nr. 27

Erscheint wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittag für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 9.00 RM. frei ins Haus, ein schlichter der Beilagen "Mein Garten", "Die Frau und ihre Welt", "Der heilige Alltag", "Recht und Erholung", "Unterhaltungsbeilage". Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird ein Schadenertrag geleistet.

Er und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 22

Donnerstag, den 18. Februar 1932

25. Jahrgang.

Die Arbeitslosenhilfe.

Vor einer grundlegenden Neuordnung?

Berlin, 18. Februar.

Ende Januar zählte die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung 6.041 Millionen Arbeitslose. Fast zu einem Drittel werden diese Arbeitslosen von der Bevölkerung, der Kräftefürsorge und der Wohlfahrt betreut. Die Unterstützung der Arbeitslosen hat die Finanzen des Reiches und der Gemeinden auf das äußerste angepannt. Zwar wird die Reichsanstalt wohl bis Ende März aus den Beiträgen und aus den Rücklagen die notwendigen Unterstützungen für die Hauptunterstützungsempfänger und ihren Anteil an der Krisenunterstützung leisten können. In diesen Tagen berät der Verwaltungsrat der Reichsanstalt den Etat für 1932/33. Der Vorschlag geht dabei davon aus, daß die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt in diesem Zeitabchnitt wieder höher liegen wird als im laufenden Rechnungsjahr. Durch die ungewöhnlich starke Steigerung der Wohlfahrtserwerbslosen sind aber auch die Gemeindesubventionen in die größten Schwierigkeiten gekommen. Da mit einer weiteren Steigerung dieser Ziffern zu rechnen ist, werden alle Gemeinden trotz größter Sparanstrengungen in absehbarer Zeit nicht mehr in der Lage sein, ihre Unterstützungen an die Wohlfahrtserwerbslosen im bisherigen Umfang und Ausmaß weiter zu zahlen, denn das Reich ist nicht in der Lage, den Gemeinden eine Summe von 600 bis 700 Millionen RM zur Verfügung zu stellen, welche allein eine Fortzahlung der Unterstützung an die Wohlfahrtserwerbslosen ermöglichen würde.

Wie verlautet, werden in maßgebenden Kreisen zwei Pläne besprochen. Danach sollen alle Vorbereitungen für die Unterstützung einer größeren Zahl von Arbeitslosen auch im Sommer 1932 getroffen und zweitens mit allen Mitteln ver sucht werden, einem Teil der Erwerbslosen wieder Beschäftigung zu geben. Als Voraussetzung sieht man jedoch eine vollständige Neuordnung der Unterstützung und Betreuung der Arbeitslosen für notwendig an. Bis zu dieser Neuordnung soll ein Übergangszustand eintreten. Wie wir aus sonst gutunterrichteten Kreisen hören, erwägt man, diesen Übergangszustand am 1. April 1932 mit der Suspenderierung der Reichsanstalt beginnen zu lassen. Von diesem Zeitpunkt an müsste an alle Arbeitslosen eine Unterstützung durch eine Betreuungsstelle gezahlt werden. Eine wesentliche Ver stützungsminde rung wird dadurch nicht erfolgen, denn schon heute sind die Unterstützungsätze in der Arbeitslosenversicherung im allgemeinen kaum höher als in der Wohlfahrt. Es ist vorgesehen, daß die Auswendungen für die Unterstützung in der Übergangszeit, wie bisher aus den Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer finanziert werden, zu denen die Erträge aus der Krisenlohnsteuer und der Krisensteuer kommen. So werden alle Volkskräfte an der Aufzehrung der Leistungen für die Erwerbslosen beteiligt.

Für die Beschäftigung einer möglichst großen Zahl von Arbeitslosen werden Methoden in der Art der alten Arbeitsbeschaffungsprogramme in diesen Plänen abgelehnt. Eine Vermehrung der Produktionsmittel der deutschen Volks wirtschaft soll auf jeden Fall vermieden werden. Darum werden Arbeiten vorgeschlagen, die zwar eine große Zahl von Arbeitslosen beschäftigen, ohne daß aber sofort Schwierigkeiten hinsichtlich der Verwendung des Arbeitsvertrages eintreten. Als solche Arbeiten sind vorgesehene Auffor schung der Deutschen, Bodenverbesserungen als Vorbereitung für landwirtschaftliche Siedlung und Aufzehrung. In engster Verbindung damit enthalten die Pläne den weiteren Ausbau des Arbeitsdienstes. Zu finanzieren sind diese Arbeiten aus den Erträgen der Verwaltungsvereinfachung der Unterstützung der Arbeitslosen und der Unterstützung selbst, die auf ungefähr 500 Millionen Mark berechnet werden.

Weiter beschäftigen sich diese Pläne mit der Neuordnung der Unterstützung der Arbeitslosen nach einer Übergangszeit. So wird die Betreuung der Gewerkschaften mit der Arbeitslosenversicherung vorgeschlagen. Dorthin soll den Gewerkschaften die Sorge für die Unterstützung aller Arbeitslosen nicht überlassen bleiben. Vielmehr soll den Gewerkschaften das Recht der Bildung von Erkraften zugestanden werden, während die eigentliche Betreuung der nicht in den Gewerkschaften organisierten Arbeitnehmer bei den Gemeinden liegen soll. Dabei ist noch nicht entschieden, in welche Form die Reichsanstalt geleitet wird. Hier enthalten die Pläne noch keine genauen Vor schläge; soviel scheint jedoch sicher zu sein, daß den Gewerkschaften, wenn man ihnen die Erkraften für eine Arbeitslosenversicherung gibt, auch die Arbeitsvermittlung zugestehen will.

Wie weit die Regierung sich mit diesen Plänen schon beschäftigt hat, und ob schon Entwicklungen gefasst sind, darüber ist noch keine Mitteilung zu erhalten gewesen.

Die Aussprache in Genf.

Auch Deutsch-Oesterreich fordert gleiche Rechte und Sicherheiten.

Genf, 18. Februar.

Die Hauptaussprache auf der Abstüzungskonferenz wird jetzt mit großer Belebung in zwei Sitzungen täglich zu Ende geführt, damit bereits Anfang nächster Woche die Ausschusssitzungen beginnen können. Der finnische Außenminister Baron Koskinen schlug die Schaffung neutraler entmilitarisierte Zonen zum Schutz gegen uner-



Telegr.-Adr.: Zeitung

Anzeigen werden die geschwungenen 3 mm hohe (Petit-) Zeilen oder deren Raum mit 15 Pg. berechnet; auswärts 20 Pg. Bei Wiederholung entsprechender Anzeigen sofern pro Zeile 40 Pg. Verbindlichkeit für die Wiederholung der Anzeigen ist ausdrücklich ausgeschlossen. Annahmegebühr für Werbung und Auskunft beträgt 15 Pg. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet. Zahlungen an Postcheckkonto Frankfurt am Main unter Nr. 2071

berichtet. Zahlungen an Postcheckkonto Frankfurt am Main unter Nr. 2071

Donnerstag, den 18. Februar 1932

Rabinett Boncour?

Schwierige Regierungsverhandlungen. — „Ohne Aussprache ermordet.“

Paris, 18. Februar.

Der französische Staatspräsident Doumer hat im Interesse der raschen Beilegung der Regierungskrise mit einer Anzahl führender Parlamentarier verhandelt. Nach der Reihe erschienen die Alterspräsidenten der Kammer und des Senats, die Fraktionsführer mit Herrort und Leon Blum an der Spitze und schließlich auch die Vorsitzenden der einzelnen Ausschüsse. Obwohl über den Gang der Verhandlungen Stillschweigen bewahrt wird, heißt es doch, daß viele Fragen noch ungeklärt sind.

Die größte Schwierigkeit liegt zweifellos darin, daß der konservativste Senat eine Verbesserung der Regierungsgrundlage nach links wünscht, während die sozialistischen Kammern den Kurs des nationalen Blocks fortführen will. In politischen Kreisen wird angeföhrt dieser Lage und in klarer Erkenntnis darüber, daß der Sturz des Ministeriums Laval durch den Senat den Trennungsgraben zwischen Kammer und Senat nur noch vertieft hat, bereits mit dem Gedanken der Auflösung des Parlaments und der befrüchtenden Ausschreibung von Neuwahlen gespielt.

Als kommende Männer gelten jetzt der frühere Sozialist Paul Boncour, der Kriegsminister des letzten Kabinetts und Führer der französischen Abstüzungskonferenz. André Tardieu, und schließlich steht man auch noch die Senatoren Barthou und Cheron als geeignete Persönlichkeiten an.

Um günstigsten beurteilen die französischen Zeitungen die Aussichten eines Kabinetts Paul Boncour, vorausgesetzt, daß André Tardieu diesem Ministerium als Kriegsminister angehört. Tardieu ist inzwischen von Genf nach Paris berufen worden. Mit Rücksicht darauf will die französische Delegation die Beantwortung der deutschen Abstüzungsvorschläge, die ursprünglich sofort erfolgen sollte

wurde. Angriffe vor und erklärte zu den französischen Vorschlägen, daß ein allgemein organisiertes Sicherheitszyklus im Rahmen des Völkerbundes vorauswährend noch nicht durchführbar ist.

Die französisch-polnische Sicherheitsthese mache sich der rumänische Außenminister, Fürst Ghika, in einer längeren Rede als Standpunkt der rumänischen Regierung zu eignen. Der Vertreter Deutschlands, Deutscher Reichsbaron von Pfügl, schloß sich namens seiner Regierung der Forderung nach Abschaffung aller Angriffswaffen an und wandte sich sodann gegen die Ungleichheit von Recht und Sicherheit, wie sie heute Europa das Gepräge gibt.

„Wollen Sie“ — so beendete Baron von Pfügl seine Aussprüche — „wir uns hier verlangen, daß wir durch einen frei einzugehenden Vertrag trocken des seinerzeitigen unselbstgegebenen Versprechens und trocken der bestehender Gleichberechtigung aller Mitgliedsstaaten des Völkerbundes eine Ungleichheit an Recht und Sicherheit aufrechterhalten sollen, die Sie für sich selbst ablehnen würden? In dem ersten Abkommen für die Verstärkung und Begrenzung der Rüstungen, das von Desterreich als vollkommen gleichberechtigter Partner unterzeichnet war, können wir den ersten Schritt zur Herstellung des organisierten Friedens in einer neuen Welt erblicken. Diesen ersten Schritt streben wir hier an.“

Ruhrlands Rüstungen.

Die russische Regierung hat dem Generalsekretär eine Note über den gegenwärtigen Rüstungsstand Ruhrlands überreichen lassen.

Danach ist die Rolle Armee 562 000 Mann stark, wovon 504 303 auf die Landtruppen, 28 658 auf die Luftwaffe und 29 039 auf die Marine entfallen. Die militärisch organisierte GPU zählt 45 390 Mann. Die Zahl der Flugzeuge wird mit 750 ausgewiesen. Kriegsschiffe besitzt Ruhrland 54 mit einer Gesamttonnage von 160 892.

Die Note zählt sodann eigenartigerweise die im Golf von Biskaya liegende Wrangel-Flotte mit 15 Schiffen und 40 000 Tonnen auf, die 1919 nach den Kämpfen des Generals Wrangel in Südrussland von der französischen Regierung beschlagnahmt und nachträglich abgewrackt wurde. Die Aufnahme der Wrangelflotte in die allgemeinen Angaben über den Stand der sowjetrussischen Flotte kann somit lediglich die Bedeutung haben, daß die Moskauer Regierung ihren Rechtsanspruch auf Auslieferung dieser Flotte aufrechterhält.

Programmrede Hitlers.

„Die Hauptaufgabe unserer Not ist das Mithverhältnis von Bevölkerungszahl und Lebensraum.“

Düsseldorf, 18. Februar.

Bei mehr als 10 000 Personen sprach Adolf Hitler in der Düsseldorfer Messehalle in ausständiger Rede über die

Verträge, möglicherweise bis zum Abschluß der Pariser Verhandlungen.

Pressestimmen zum Sturz Laval.

Der Sturz des Kabinetts Laval wird von den rechtssteuernden französischen Zeitungen als ein „meuchälerischer Dolchstoß der Opposition“ allgemein bedauert. So schreibt „Echo de Paris“, „Gegenüber den entehrenden Sitzungen der Kammer bot der Senat ein anderes Bild, aber ein nichts weniger widerliches. Ohne Aussprache wurde die Regierung Laval ermordet.“ Die Presse begrüßt dagegen die Ereignisse und macht den Abgeordneten Mandel und seine Wahlreform dafür verantwortlich. Laval und sein Kabinett werden als die ersten Opfer dieses Reformvorhabens bezeichnet.

„Journal“ macht dem Senat bittere Vorwürfe. In einem Augenblick, wo so viele Interessen Frankreichs auf dem Spiel ständen, habe der Senat innenpolitischen Fragen den Vorrang vor den viel wichtigeren außenpolitischen Ereignissen gegeben. „Deutsche“ verwirft die These des Rechtskreises der Gefährdung der Genfer Konferenz. Das Auscheiden Briands habe zur Genüge bewiesen, daß die Kontinuität der französischen Politik nicht von der Dauerhaftigkeit eines Kabinetts abhänge. „Republique“ begrüßt den Ausgang der Ereignisse und erklärt, daß das ganze Land dem Senat dankbar sein müsse, endlich einmal Klarheit geschaffen zu haben. Auch der Sozialist Leon Blum gibt im „Populaire“ seiner Freude über den Sturz der Regierung Laval Ausdruck.

So groß die Bedeutung des Sturzes Laval für Frankreich sein mag, für Deutschland ist es ziemlich gleichgültig, wer in Paris geht und wer kommt. Das Verständnis für die tiefen Ursachen der deutschen Krise ist nahezu in allen französischen Parteien gleich gering.

Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung und die Ursachen der deutschen Volksnot. „Die Spaltung des deutschen Volkes in zwei Lager.“ so führt Hitler aus, „habe die deutsche Wehr- und Rechtskraft gegenüber dem Ausland mitverschuldet. Wenn es keine Verbindung von Nationalismus und Sozialismus gebe, würde der Weg immer weiter auseinander führen. Dann gebe es für Deutschland keine Freiheit nach außen und kein soziales Glück.“

Die materielle Not des einzelnen habe die Empfindung ausgelöst, daß Deutschland sich im Zustand des langen Zusammenbruches befindet. Politik dürfe heute nicht heißen, den politischen Tagesfragen nachzuhören, sondern die Ursachen unserer Not zu erforschen. Die Hauptursache dieser Not sei das Mithverhältnis von Bevölkerungszahl und Lebensraum, der für das deutsche Volk in unerträglicher Weise bezeugt sei.

Man habe vergessen, daß es einen Markt gebe, der wertvoller sei als der der Welt; das sei der eigene Wissensmarkt. Es sei ein solches Wunder verdienst. Für die Nationalsozialisten gebe es auf der Welt kein Recht, das nur als Rechtsidee schon den Anspruch zum Leben begründet, wenn hinter dieses Recht nicht auch zugleich die Kraft trete.

Hilfer beschäftigte sich zum Schluss mit der Entwicklung der Nationalsozialistischen Partei und meinte, die politischen Begier zweifellos an den von seiner Partei bekanntgegebenen Zahlen. „Am 13. März“, so fuhr Hitler fort, „werden wir sie Ihnen zeigen. Heute stehen wir am Beginn eines Kampfes, bei dem es um mehr geht, als um einen Punkt. Uns schwebt vor Augen ein Deutschland, das sich als ein wärmlicher Hirt der Freiheit und des Lebens erweisen soll.“

Landbund und Hindenburg-Kandidatur.

Berlin, 18. Februar.

Der Reichslandbund veröffentlicht ein Schreiben seines Vorstandes an die Führer der Rechtsopposition. Darin heißt es, der Landbund habe die Wiederwahl Hindenburgs nur unterstützen können, wenn der Reichspräsident sich durch entscheidende Schritte, etwa die Berufung eines nationalen Kabinetts oder die Auflösung des Reichstags, von den Linien getrennt haben würde. Angesichts der Entscheidung des Feldmarschalls müsse der Landbund nunmehr die Wiederwahl, unabhängig von der Bösing der Kandidatenfrage durch die nationale Opposition, ablehnen.

Kritik an der Sparverordnung.

Aussprache im Preußischen Landtag.

Der Preußische Landtag, Berlin, 17. Februar wieder fortgesetzt, nahm davon Kenntnis, daß die Staatsregierung die Haftbefehlslagung am Volksstrauertag am kommenden Sonntag angeordnet hat. Wiedann beschloß sich das Haus mit den Anträgen zur preußischen Sparverordnung, die inzwischen den Ausschuß passiert haben. Abg. Dr. von Winterfeld (Dnai.), der über die Ausführungen berichtete, führte aus, die Anträge auf Aufhebung dieser Verordnung seien im Ausschuß nur mit knapper Mehrheit abgelehnt worden.

In der Aussprache äußerte Abg. Dr. von Kries (Dnai.) verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Sparverordnung. Abg. Sallial (Soz.) machte das Agitationsbüro der Partei für die Notverordnungspolitik verantwortlich. Abg. Kloß (St.) verteidigte die Rechts Gültigkeit der Verordnung. Abg. Schobotta (Komm.) lehnte die Verordnung ab. Abg. Schwartzhaupt (DBP) bezahlte die preußischen Notverordnungen als plan- und systemlos. Abg. Barteld (Hannover (Staatspt.) äußerte Bedenken gegen den lachlichen Inhalt der Sparverordnung.

Nach weiterer Debatte, die aber neue Gesichtspunkte nicht mehr erbrachte, wandte sich der Landtag den einzelnen Sachgebieten zu.

Beim Abwinken Pädagogische Akademien und sonstige Schulangelegenheiten wendete sich Abg. Delitz (Dnai.) gegen die Herabelegung des Pensionierungsalters des Volkschullehrer. — Abg. Schwartzhaupt (DBP) sprach sich ebenfalls gegen Herabelegung der Altersgrenze aus und forderte die Erhaltung der Akademie in Hannover, die Fordernung stellte auch der Abg. Sch. von Wangenheim.

Abg. Simon Neuland (Soz.) wies die Vorwürfe der Opposition über die Verwaltungsreform zurück, da deren Durchführung durch die Obstruktion immer verhindert worden wäre. Abg. Bonner (Staatspt.) lehnte sich für die Idee der Pädagogische Akademie ein.

Abg. Dr. Voelkig (DBP) beschäftigt sich mit dem Abwinken an den höheren Schulen. Abg. Müller (Dern.) bogen tritt für die Interessen der Landeslehrer ein.

PANGENBERGER LICHTSPIELE
SONNTAG, DEN 21. FEBRUAR
ABENDS PUNKTLICH 8,15 UHR

KONRAD VEIDT und **KARIN EVANS**
in

Die letzte Kompagnie

Aus Preußens schwerster Zeit — Getreu bis in den Tod — Wir dreizehn Mann — und setzt Ihr nicht das Leben ein
in 6 Akten.

HOOT GIBSON in
Der „fliegende Teufel“ von Texas

Der Ritter ohne Furcht und Tadel — Auf den Spuren der Banditen — Es kann der beste nicht in Frieden leben
in 5 Akten

Jugendliche haben Zutritt.

SONNTAG NACHMITTAG 4 UHR
Kindervorstellung

Voilfettheringe

frisch eingetroffen

H. Mohr.

Feinster Thür. Stangenkäse,
Fzustkäse,
Edamer,
Emmentaler o. R.
Allg. Limburger m. u. o. Rinde
Karl Bender.

Frisch eingetroffen:
Unananasfrüchte, Bollsaftige Apfelsinen, kernlos
Sicil. Zitronen, Riesen Mandeln, Nüsse

H. Mohr.

Ich empfehle meine stets frisch gebrannten

KAFFEE'S

das 1/4-Pfund schon von 50 Pf. an.

Karl Bender.

NSDAP erscheint im Reichstag.

Die Reichstagsfraktion der Nationalsozialisten will an der Eröffnungssitzung des Reichstages am 28. Februar geöffnet teilnehmen. Hinsichtlich des weiteren Verhaltens wird mitgeteilt, die Fraktion werde so lange an den Reichstagsitzungen teilnehmen, als es ihr die Durchführung der parlamentarischen Kämpfe notwendig erscheinen lasse.

Der Appell an Japan.

Was der Völkerbund zu sagen hat.

— Genf, 17. Februar.

Der Appell der 12 Nationalmächte, der dem japanischer Botschafter Salo zur Weiterleitung an seine Regierung übermittelt wurde, ist in allgemeinen vorliegenden Ausschriften gehalten. Es wird zunächst auf die Entschließung des Völkerbundrates vom 29. Januar hingewiesen und erläutert.

dass die Nationalmächte keinerlei Tatsachen zulassen können, die im Gegensatz zu den Verpflichtungen des Artikels 10 des Völkerbundspaktes ständen. Sodann wird der Wortlaut des Artikels 10 des Völkerbundspaktes wiedergegeben, in dem sich die sämtlichen Mächte gegen seitig die territoriale Unverletzlichkeit und politische Unabhängigkeit garantieren. In der Note wird jedoch weder der Wunsch auf Einstellung der Feindseligkeiten geäußert, noch wird ein praktischer Vorschlag gemacht. Der wesentliche Inhalt der Note besteht in dem Hinweis, daß die chinesische Regierung sich bisher bereit erklärt habe die Vorschläge und Entschließungen des Völkerbundrates anzunehmen, während die japanische Regierung diese Vorschläge stets abgelehnt habe.

Gegen die Hungerblockade.

Argentinische Vorschläge für die Übungskonferenz.

— Genf, 17. Februar.

Der Führer der argentinischen Übungskonferenz Außenminister Bosch, unterbreite der Konferenz den Vorschlag, die Wiederholung der berüchtigten Hungerblockade

des Weltkrieges durch ein internationales Zusammenschluß möglich zu machen, wonach die Zukunft von Leben und Tod eines neutralen Landes in ein kriegsführendes Land gestaltet sein soll.

Der Südländische Außenminister Mariano Rumor hat eine Rede, die ganz dem ersten Gegenstand des Auskundschaftsberichts zu Italien befehlt war. Von den Ausschüssen des schwedischen Bundespräsidenten Moltke wurde die Feststellung Erwähnung, die Schaffung eines Dauerkomitees der Unterlegenheit widerstrebe allen Zwecken des Friedens. Vereinbarungen könnten durch die spätere Entwicklung ihres Inhalts entseilt werden.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 18. Februar 1933
— Der Reichspräsident empfing den neuernannten argentinischen Gesandten Graf de Tercero de Tercero, Ernennung seines Beauftragten für die Befreiungskampfstrategie.

— Der Wohnungsausschuß des Reichstags leistete eine Befreiung des Reichsstadtbauaufbaugesetzes fort und bestätigte die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten, Enteignung von Grundstücken, die ausländischen Dienstleistungen dienen, nicht zuzulassen.

— Schlägerei im Badischen Landtag. Im Landtag kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen dem Zentrumsabgeordneten Hilbert und dem Nationalsozialisten Kraft. Schließlich gingen die beiden Abgeordneten mit Fäusten aufeinander los. Kraft fuhr Boden.

Rundschau im Auslande.

— Im polnischen Seim ist eine Regierungspolitik eingeführt worden, die aus Gründen der Sparhöhe Abgaben für die Pensionsfonds und eine Erhöhung der Pensionen vorschreibt.

— Im Alter von 90 Jahren starb in seinem Sommerhaus bei Grandvilliers der französische Nobelpreisträger Fernand Buisson.

Eine Sendung

Emailewaren

— schwere Qualität — eingetragen

Karl Bender.

Neues Sauerkraut
Salz in Säcken
H. Mohr.

Ia. verzinkte Drahtgeflechte

in allen Größen empfohlen

Karl Bender.

Große Auswahl in:

Tee,
Kakao,
Kaffee,
Schokoladen,
Pralinen

H. Mohr.

Ia. Bücklinge

allerfeinste

ger. Lachsheringe

Karl Bender.

„Hansa“ die billige

Einkaufs-Quelle..

Schmalz amer. Pfund nur 56 Pf.
Cocosfett 100% " 34 "
Margarine " 35 "
Speise-Oel prima Qual. Ltr. " 58 "
Sultanas Pfund " 45 "

Pflaumen Pfund nur 36 Pf.
Mischobst " 55 "
Aprikosen la. Qu. 1/2 Pf. " 35 "

Marinaden:
Sardinen 2 Pfund Dose 70 Pf.
Rollmops 2 " 70 "
Bismarckheringe 2 " 70 "
Bratheringe 2 " 64 "

„Meffa“ Wermuth Wein Ltr. 1. — Mk.

Unsere Waren sind billig und gut!!

HANSA

Lebensmittelhaus.

Der Kriegsverein

Die Kriegsvereinigung der Nationalsozialisten will an der Eröffnungssitzung des Reichstages am 28. Februar geöffnet teilnehmen. Hinsichtlich des weiteren Verhaltens wird mitgeteilt, die Fraktion werde so lange an den Reichstagsitzungen teilnehmen, als es ihr die Durchführung der parlamentarischen Kämpfe notwendig erscheinen lasse.

Der Kriegsverein

Was der Völkerbund zu sagen hat.

— Genf, 17. Februar.

Der Appell der 12 Nationalmächte, der dem japanischen Botschafter Salo zur Weiterleitung an seine Regierung übermittelt wurde, ist in allgemeinen vorliegenden Ausschriften gehalten. Es wird zunächst auf die Entschließung des Völkerbundrates vom 29. Januar hingewiesen und erläutert.

dass die Nationalmächte keinerlei Tatsachen zulassen können, die im Gegensatz zu den Verpflichtungen des Artikels 10 des Völkerbundspaktes ständen. Sodann wird der Wortlaut des Artikels 10 des Völkerbundspaktes wiedergegeben, in dem sich die sämtlichen Mächte gegen seitig die territoriale Unverletzlichkeit und politische Unabhängigkeit garantieren. In der Note wird jedoch weder der Wunsch auf Einstellung der Feindseligkeiten geäußert, noch wird ein praktischer Vorschlag gemacht. Der wesentliche Inhalt der Note besteht in dem Hinweis, daß die chinesische Regierung sich bisher bereit erklärt habe die Vorschläge und Entschließungen des Völkerbundrates anzunehmen, während die japanische Regierung diese Vorschläge stets abgelehnt habe.

Gegen die Hungerblockade.

Argentinische Vorschläge für die Übungskonferenz.

— Genf, 17. Februar.

Der Führer der argentinischen Übungskonferenz Außenminister Bosch, unterbreite der Konferenz den Vorschlag, die Wiederholung der berüchtigten Hungerblockade

Kriegsverein Spangenberg

Sonnabend, den 20. Februar 1933,
abends 8 Uhr, findet im Saale der Gastwirtschaft „Zum Grünen Baum“ eine

Gedächtnis-Feier

zu Ehren der gefallenen Helden statt.

Programm:

1. Musikstück (Trauermarsch) Kapelle Holl
2. Vorspruch durch Kamerad Erich Kohl II.
3. Begrüßung durch den Vorsitzenden
4. Musikstück Kapelle Holl
5. Gedächtnisrede, Herr Pfarrer Seidler, Kassel
6. Musikstück Kapelle Holl
7. Vortrag eines Kameraden — Unser Toten —
8. Lichtbilder — Vortrag — „Kriegsgefangene Deutsche in aller Welt“

Sämtliche Kameraden und deren Familienangehörige, die Mitglieder aller Vereine in Spangenberg, die Preußische Volksschule, sowie alle Einwohner mit Familien Spangenberg's und Umgebung sind zu dem Gedächtnisfeier herzlich eingeladen.

Zur Deckung der Kosten werden am Eingang pro Person 20 Pf. Eintritt erhoben.

Aufgang pünktlich 8 Uhr — Kaffenöffnung 7 Uhr.

Der Vorsitz.

Am Volkstrauertag Sonntag, den 21. Februar 1933, versammeln sich die Kameraden zum gemeinsamen Kirchgang

um 9.40 Uhr am Marktplatz. Dunkler Anzug — Cylinderhut. Orden und Ehrenzeichen sind anzulegen.

Das Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht.

Donnerstag früh



Ia. frische Fische

Filet

Bücklinge

Sprotten

Fleischsalat

Delikatessen

H. Mohr.

Gesangverein

Liederabend

Donnerstag abd. 1/2 Uhr

1. u. 2. V. V.

Freitag abend 1/2 Uhr

1. und 2. Denor

Ort: Schule

Der Vorstand.